

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Manfred Erdenberger, Moderator

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Mein Name ist Manfred Erdenberger. Ich habe heute das Vergnügen und die Herausforderung, die Parteidiskussion zu moderieren, zu der ich Sie jetzt noch einmal herzlich einlade und für die ich um Ihre Aufmerksamkeit bitte.

Vertreten sind hier die Große Koalition und die Opposition. Daraus könnten wir vielleicht eine RiGroKo machen, eine riesengroße Koalition, wenn es um das gemeinsame Durchsetzen von Arbeitnehmerinteressen ginge. Das wäre eine neue Form der Koalition, die wir einmal ausprobieren könnten. (Beifall)

Ich darf Ihrem Vorsitzenden Frank Bsirske zu seiner Wiederwahl herzlich gratulieren. Ich bin sicher, lieber Frank, dass du die Wiederwahl als Bestätigung, als Ansporn und Verpflichtung ansiehst.

Als ersten Diskussions Teilnehmer begrüße ich Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, geboren in Freckenhorst im Kreis Warendorf. Das werden nicht alle Bayern kennen. Ich kann auch ihm gratulieren, denn er ist gestern als Fraktionsvorsitzender wiedergewählt worden. Herr Oppermann, auch für Sie Zuversicht, wie ich hoffe, Verpflichtung und gleichzeitig natürlich Ansporn. (Beifall) Herr Oppermann ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestags.

Neben ihm steht Peter Weiß, den Sie auch alle kennen werden, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Neuerdings rätselt man über Kombinationen der Arbeitnehmervertretung dort mit dem Mittelstand. Aber im Vorgespräch hat Herr Weiß das weit von sich gewiesen. Wir müssen das einmal sortieren, wie das eigentlich gemeint ist. Herr Weiß ist in Freiburg im Breisgau geboren und lebt jetzt in Emmendingen. Er ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags und unter anderem stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Fragen. Ich sage das, weil dies natürlich zu unseren Problemen und unseren Themen heute - beispielsweise die Flüchtlinge - gehört.

Von Ihnen aus gesehen ganz rechts außen, von mir aus gesehen links außen - das ist alles relativ - steht Bernd Riexinger. Er ist seit 2012 Vorsitzender der Partei Die Linke, zusammen mit Katja Kipping. Er ist in Leonberg geboren und von Hause aus Bankkaufmann. Er ist mit Erfahrungen als Betriebsrat und Gewerkschaftssekretär gesegnet. Er gehört nicht dem Deutschen Bundestag an, aber qua Amt berät er natürlich die Abgeordneten der Linkspartei. (Beifall)



Dazwischen steht Anton Hofreiter, zusammen mit Katrin Göring-Eckardt Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Er ist in München geboren und promovierter Biologe. Deshalb: Willkommen, Herr Dr. Hofreiter. (Beifall)

Die Themen, die wir heute bis etwa 19 Uhr behandeln wollen, lauten: Regulierung des Arbeitsmarkts, die Arbeitswelt, die Rentenversicherung, die Erbschaftsteuer und natürlich die aktuellen Fragen der Flüchtlingspolitik wie Integration und Migration. Das alles sind, wie Sie merken, Themen aus dem täglichen Leben.

Apropos Leben: Ich würde gern mit einem Zitat von Erich Kästner beginnen: „Wird's besser? wird's schlimmer? fragt man alljährlich. Seien wir ehrlich: Leben ist immer lebensgefährlich.“ Applaus, dass Sie sich dieser Aufgabe hier stellen. Es ist hier nicht lebensgefährlich, weil wir unter uns sind. Sie können alles offen sagen und offen ansprechen; je offener, desto besser.

Ich würde gern mit einer kurzen Positionsbestimmung beginnen, damit alle wissen, wo Sie heute und im Zusammenhang mit der heutigen Veranstaltung auf diesem Bundeskongress stehen. Herr Oppermann, wie ist Ihr Verhältnis zum Thema Gewerkschaften aus Ihrer persönlichen Sicht und aus der parteipolitischen Sicht?

Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bleiben wir doch gleich bei Erich Kästner, den Sie eben zitiert haben. Er hat nämlich auch gesagt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Ich finde, das ist ein gutes Lebensmotto. Ich bin selber Gewerkschaftsmitglied. Ich bin seit 1980 in der ÖTV, der Vorgängerorganisation. Es gab dort eine Vereinigung Richter und Staatsanwälte in der ÖTV. Dieser habe ich mich angeschlossen.

Ich glaube, dass wir im Augenblick in Deutschland in einer Zeit leben, in der Arbeitnehmerinteressen und Gewerkschaftspolitik wieder stärker in die Offensive gekommen sind. Wir haben ein starkes Wachstum, wir haben Überschüsse in der Sozialversicherung, wir haben hohe Steuereinnahmen, die Unternehmen machen Gewinne. Das heißt, es gibt Spielräume für eine gute Tarifpolitik. Das gehört zu einer sozialen Marktwirtschaft.

Das hat einen ganz großartigen Nebeneffekt, denn neben dem starken Export, auf dem ein großer Teil des Wohlstands in Deutschland gründet, haben wir jetzt mit dem Mindestlohn und den guten Tarifabschlüssen eine Kaufkraft geschaffen, eine Binnenkonjunktur in Gang

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

gebracht, sodass wir eine zweite Stütze für unsere Wirtschaft haben. Dann sind wir stärker im Gleichgewicht. Ich glaube, dass das für die nächsten Jahre gute Perspektiven für die Arbeitnehmerpolitik sind.

Manfred Erdenberger

Das vertiefen wir gleich. Ein Stichwort ist schon gefallen: Mindestlohn. Das wird hier natürlich auch eine Rolle spielen.

Herr Weiß, wie ist Ihre persönliche Position, die gewerkschaftsnahe, die parteinahe?

Peter Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Gewerkschaften sind dringend notwendig. (Vereinzelt Beifall)

Manfred Erdenberger

Wollen wir darüber abstimmen lassen? Es gab wenig Applaus.

Peter Weiß

Mein Job als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es auch, einen engen Kontakt zu den Gewerkschaften zu halten. Das machen wir auch jeden Tag. Der große Vorteil für uns in Deutschland ist auch, dass wir zum Thema Einheitsgewerkschaft stehen. In anderen Ländern, in denen es ein gespaltenes Gewerkschaftssystem gibt, werden die Arbeitnehmerinteressen wesentlich schwächer vertreten und können sich schlechter durchsetzen.

Thomas Oppermann hat den Mindestlohn angesprochen. Dieses Gesetz haben wir bewusst unter den Titel „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“ gestellt. Was wir wollen und was, glaube ich, den Erfolg von Deutschland ausmacht, ist: Wir wollen, dass wieder mehr Tarifverträge abgeschlossen werden, dass mehr Tarifbindung entsteht, dass gute Löhne durch gute Tarife gewährleistet werden. Deswegen die Vereinfachung für die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Ich glaube, gegenüber all der Kritik der vergangenen Jahrzehnte, als die Tariffucht angeblich das Schönste im Leben war, hat es eine Gegenbewegung zur Wertschätzung guter Tarifverträge gegeben. Ich glaube, das macht den Erfolg



von Deutschland aus. Dazu brauchen wir starke Gewerkschaften und natürlich auch starke Arbeitgeberverbände.

Manfred Erdenberger

Das vielleicht gemeinsam mit der Politik. Wir werden nachher noch diskutieren, inwieweit man das allein oder nur gemeinsam schafft.

Herr Dr. Hofreiter, Ihre Position, Ihre Einstellung zum Thema Gewerkschaften?

Dr. Anton Hofreiter, Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ich persönlich bin der Meinung, dass Gewerkschaften eine ganz, ganz zentrale Rolle im Kapitalismus, in dem wir ja de facto leben, spielen. Es gibt einfach ein natürliches Machtungleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wenn der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber einzeln gegenübertritt. Deshalb brauchen wir Gewerkschaften.

Wir stellen ja fest, dass insbesondere in den Bereichen die Löhne hoch sind, in denen die gewerkschaftliche Organisationskraft groß ist. Je mehr in einem bestimmten Bereich organisiert sind, desto besser ist man in der Lage, Löhne durchzusetzen.

Aber ich bin auch der Meinung, dass wir nicht nur darauf schauen sollten, dass die Gewerkschaften national möglichst stark sind. Wir müssen auch darauf achten, dass Gewerkschaften europaweit intensiv kooperieren, dass Gewerkschaften europaweit stark sind, und in vielen globalisierten Wirtschaftsbereichen - das betrifft zum Teil ver.di, zum Teil IG Metall - müssen wir darauf achten, dass Gewerkschaften international stark kooperieren und stark werden. Denn sonst lassen sie sich zu leicht gegeneinander ausspielen, und das Erpressungspotenzial der Arbeitgeber, das man national vielleicht im Griff hat, würde dann mit der ewigen Verlagerungsdrohung ausgespielt, auch wenn diese vielleicht nicht realistisch ist.

Deshalb halte ich Gewerkschaften für zentral wichtig, um zu versuchen, ein Machtgleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern herzustellen. Mein Wunsch und meine Bitte wäre, dass es uns gemeinsam gelingt, Gewerkschaften zu europäisieren und zu internationalisieren. (Beifall)

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Manfred Erdenberger

Danke schön. - Herr Riexinger, auch Ihre Positionsbestimmung bitte. Wie weit liegt der Bankkaufmann zurück, und wie nah ist Ihnen die Gewerkschaft oder die gewerkschaftliche Szene?

Bernd Riexinger, Parteivorsitzender Die Linke

Das ist eine erstaunliche Frage; ich war immerhin 40 Jahre für diese Gewerkschaft hier aktiv, (Beifall) und deswegen sage ich jetzt ein bisschen was dazu. Jeder will natürlich Gewerkschaften, aber ich will nicht nur starke Gewerkschaften, sondern kämpferische Gewerkschaften, die sowohl im Betrieb als auch auf der Straße Flagge zeigen. (Beifall)

Ich will Gewerkschaften, die für alle Beschäftigten, für Kernbeschäftigte, für prekär Beschäftigte und Erwerbslose, zuständig sind, und ich will Gewerkschaften, die ganz offensiv ihr politisches Mandat wahrnehmen. Denn wir haben gar nicht so gute Verhältnisse. Unsere Verhältnisse sind vielmehr hoch gespalten. Viele Leute arbeiten in erbärmlichen Verhältnissen. Sie sind prekär, befristet beschäftigt oder in Leiharbeit. Sie nehmen nicht gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teil. Das verschlechtert im Übrigen auch die Bedingungen für die Gewerkschaften. Ruft doch einmal befristet Beschäftigte zum Streik auf. Wir wissen doch, wie das bei Amazon, H&M oder anderen aussieht. Wir wissen, wie schwierig das die Arbeit der Gewerkschaften macht. Insofern hat die Politik - meine Partei nicht - mit dafür gesorgt, dass es diese Ungleichgewichte gibt, und wir müssen diese durch die Politik wieder dringend verändern, wenn wir starke Gewerkschaften haben wollen. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Danke schön. Vieles davon spiegelt sich natürlich in den 1.460 Anträgen dieses Bundeskongresses wider, die hier beraten werden. Heute Nachmittag hatte ich die Gelegenheit, etwas davon mitzubekommen. Das sind schwierige Themen; da bin ich mir sicher.

Mindestlohn, Werkverträge, Leiharbeit - das ist eine aktuelle Geschichte - sind eben angesprochen worden. Der scheidende Arbeitsminister von Nordrhein-Westfalen, Guntram Schneider, spricht von Trickereien in Sachen Mindestlohn. Auf welcher Ebene, hat er nicht so klar gesagt. Ministerin Nahles, die heute kurz hier war, sagt, drei Millionen Arbeitnehmer profitieren davon, haben mehr Geld. Das sei ein Erfolg. Die Arbeitgeber warnen vor Jobverlusten. Der Präsident sagt, seitdem der Mindestlohn eingeführt worden ist, ist die Zahl der Minijobs um über 120.000 gesunken. (Beifall) Wer hat recht, Herr Oppermann?



Thomas Oppermann

Die ganzen Prognosen, dass alle möglichen Jobs verschwinden würden, weil der Mindestlohn zu hoch sei, haben sich als Irrtum erwiesen. Wir haben uns da nicht ins Bockshorn jagen lassen. Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn durchgesetzt, und wir stellen ein Dreivierteljahr später fest: Er funktioniert. Er verbessert das Leben von über drei Millionen Menschen ganz konkret. Und das Entscheidende ist ja, dass oberhalb des Mindestlohns die richtige Perspektive erst beginnt. Aber niemand muss jetzt mehr von 8,50 Euro nach unten schauen, und für alles oberhalb von 8,50 Euro ist ver.di zuständig. Das muss jetzt mit Tarifpolitik ausgefüllt werden, aber die Basis ist erst einmal da, und das ist ein wichtiges Konstruktionselement in unserer sozialen Marktwirtschaft. Diese war ohne Mindestlohn unvollständig. Gut, dass wir das geschafft haben. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Ihr Applaus. - Herr Weiß, die anderen beiden Stichworte dazu müssen wir einordnen. Als arbeitnehmerpolitischer Sprecher sind Sie nah dran, aber Sie kennen auch die andere Seite gut genug. Stichwort: Leiharbeit und Werkverträge. Alle Augenblicke gibt es neue Aktionen und Anzeigen gegen die Werkverträge et cetera. Wo ist der Handlungsbedarf am größten?

Peter Weiß

Erstens. Jeder sucht sich aus den Zahlen das heraus, was er herausuchen will. Der sinkenden Zahl von Minijobs steht ein Aufwuchs bei der normalen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber. Zum ersten Mal - das habe ich auch dem Heftchen, das uns die Hans-Böckler-Stiftung immer zuschickt, entnommen - nimmt die normale sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gegenüber anderen Formen von Beschäftigung deutlich zu, und das ist genau das, was wir wollen und worauf sich unser Staat gründet. Wir wollen, dass die Leute anständig Geld verdienen, Steuern zahlen und Sozialversicherungsbeiträge bezahlen.

Das Zweite ist: Wir haben zum Thema „Werkverträge und Leiharbeit“ in den Koalitionsverhandlungen sehr intensiv diskutiert und sehr präzise festgelegt, was wir machen wollen.

Manfred Erdenberger

Auch schon umgesetzt?

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Peter Weiß

Das werden wir nächstes Jahr auch umsetzen. Frau Nahles hat angekündigt, dass sie uns den Gesetzentwurf im Frühjahr 2016 vorlegen wird. Ich glaube, das hat schon jetzt ein Signal ausgesendet. Denn die Nachricht, dass die normale Arbeit zunimmt, zeigt: Auch die Arbeitgeber haben irgendwo kapiert, dass wir es nicht zulassen wollen, dass alle möglichen Fluchtwege aus der normalen Beschäftigung genutzt werden. Vielmehr muss das normale Arbeitsverhältnis wieder das Normale in unserem Land sein.

Manfred Erdenberger

Herr Hofreiter, ver.di fordert gleiche Bedingungen statt Lohndumping oder prekäre Verträge. Schaffen die das alleine, oder können Sie ihnen helfen?

Dr. Anton Hofreiter

Wir sind der Meinung, dass bei Leiharbeitsverhältnissen vom ersten Tag an der gleiche Lohn gezahlt werden muss - in unseren Augen sogar mit einer Flexibilitätsprämie - (Beifall) und dass Leiharbeit nur bei Auftragsspitzen eine Ausnahme sein muss. Das Normale soll der normale Arbeitsvertrag sein, und um den Anreiz für Leiharbeit zu beseitigen, sollte vom ersten Tag an für die gleiche Beschäftigung - und in unseren Augen sogar noch eine Flexibilitätsprämie obendrauf - der gleiche Lohn gezahlt werden. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Können Sie noch etwas dazu beisteuern, wenn es darum geht, die Begründung für befristete Verträge noch einmal auf den Prüfstand zu stellen, um Werkverträge nicht mit Leiharbeit zu koppeln? Ist da Handlungsbedarf? Ist da Handlungsspielraum?

Bernd Riexinger

Ja, natürlich. Wir haben da eine klare Position. Wir müssen Befristungen, Werkverträge und Leiharbeit stoppen. Fast jeder zweite Arbeitsvertrag, der geschlossen wird, ist befristet, ohne dass es dafür einen Sachgrund gäbe. Deswegen sagen wir: Die Menschen müssen wieder ihre Zukunft planen können. Weg mit den sachgrundlosen Befristungen! (Beifall)

Wir haben aber auch ein Problem bei den Befristungen mit Sachgrund. Inzwischen werden sie für Kettenarbeitsverträge missbraucht. Deswegen muss auch Schluss sein mit Kettenar-



beitsverträgen. Wir fordern ab der dritten Befristung eine unbefristete Beschäftigung. (Beifall)

Und auch die Begründungen müssen weg. Es darf keine Befristungen geben, um die Probezeit zu verlängern. Das ist eine offizielle Begründung im Gesetz. Ich habe bei meinem Eintritt in den Arbeitsmarkt noch die Erfahrung gemacht, dass man nach drei Monaten Probezeit unbefristet beschäftigt war. Das muss wieder zur Regel werden. (Beifall)

Ich will noch einen Satz zu den Werkverträgen sagen - das fehlt mir übrigens auch bei dem Leitantrag -: Das Hauptproblem bei den Werkverträgen ist doch nicht nur die Umgehung der Mitbestimmung, sondern das Unterlaufen der Tarifverträge. Die Leute geben die Arbeit doch in Werkverträge, weil sie damit Lohndumping und Sozialdumping betreiben wollen. Deswegen erachte ich es als eine ganz wichtige Forderung: In diesem Fall muss der Tarifvertrag des Kernbetriebs auch für die „Werkverträger“ gelten. Dann würde es nämlich aufhören. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Okay. Das lassen wir so stehen. - Herr Weiß, wir haben seit Juli das Tarifeinheitgesetz. Dagegen gibt es mittlerweile mehrere Klagen von verschiedenen Gewerkschaften. Sind sich in der Bundesregierung, in der Großen Koalition - Herr Oppermann kommt gleich noch dazu - alle darüber einig, dass das so bleiben wird oder dass es gekippt wird? Was wird daraus?

Peter Weiß

Das fragen Sie natürlich den Vertreter der Fraktion, in der das Thema „Tarifeinheitgesetz“ besonders umstritten ist.

Manfred Erdenberger

Aha. Gerade deshalb vielleicht.

Peter Weiß

Ich glaube, man braucht hier vor den Kolleginnen und Kollegen das Für und Wider, das sich auch in den DGB-Gewerkschaften widerspiegelt, nicht zu wiederholen. Ich persönlich glaube, dass wir eine Lösung gefunden haben, die verfassungskonform ist. Aber wie jeder weiß, müssen das die Verfassungsrichter in Karlsruhe nicht genauso sehen.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Deswegen warten wir das Urteil ab, und dann werden wir sehen, ob das Gesetz so, wie es jetzt ist, Bestand hat. Ich glaube, dass insgesamt die Stärke der deutschen Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen daraus resultiert, dass sie in der Regel immer pragmatische Lösungen gefunden haben, etwa durch Tarifgemeinschaften oder durch klare Abgrenzung, für welche Beschäftigtengruppe verhandelt wird, um Erfolge zu haben. Ich hoffe, dass das auch die politische Wirkung ist, dass die Gewerkschaften nicht den Kampf gegeneinander in den Vordergrund stellen, sondern den gemeinsamen Kampf für die Rechte und für eine gute Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Manfred Erdenberger

Herr Oppermann, wie nehmen Sie das wahr? Es gibt Menschen, die sagen, selbst die Gewerkschaften untereinander sind sich ja nicht mal einig. Wie sollen wir denn da eigentlich eine klare Linie hinkriegen?

Thomas Oppermann

Ich glaube, dass es keine gute Entwicklung ist, wenn gewerkschaftliche Interessenvertretung immer mehr fragmentiert. Wir haben ja nicht umsonst große Erfolge mit der Einheitsgewerkschaft gehabt, mit großen Gewerkschaften, die dann alle Beschäftigten in den Betrieben vertreten können. Ich habe immer Probleme damit, dass sich kleine Spartengewerkschaften gebildet haben - das ist natürlich im Rahmen der Koalitionsfreiheit möglich -, die sich dann die Rosinen herausgepickt haben, die für ihre Mitglieder sehr gute Konditionen herausgeholt haben. Das ging am Ende zulasten der übrigen; denn der Kuchen, der zu verteilen ist, ist nicht unbegrenzt groß. Deshalb finde ich eigentlich - sagen wir mal - die Idee einer Einheitsgewerkschaft, einer solidarischen Gewerkschaft besser.

Wir haben jetzt mit dem Tarifeinheitsgesetz eine Voraussetzung geschaffen, die jedenfalls die verschiedenen Gewerkschaften, die in einer Branche oder in einem Unternehmen tätig sind, veranlasst, dass die sich verständigen müssen. Das halte ich auch für richtig. Ich glaube, das hat auch Bestand vor dem Bundesverfassungsgericht. Das ist eine verhältnismäßige, vernünftige Regelung, vor allen Dingen, weil wir eines nicht gemacht haben: Das Streikrecht bleibt unangetastet. Das ist das Kernstück der Koalitionsfreiheit, und daran darf nicht gerüttelt werden.



Manfred Erdenberger

Es sind nicht alle mit der Beurteilung von Ihnen einig. Herr Hofreiter, Sie auch nicht?

Dr. Anton Hofreiter

Was hier schon gesagt worden ist: Wie das Bundesverfassungsgericht urteilt, das ist manchmal schwer zu beurteilen. Ob was verfassungswidrig ist oder nicht, weiß man erst, nachdem das Urteil gefallen ist. Wir halten es nach unserer eigenen Einschätzung trotzdem nicht für verfassungskonform. Wir halten es auch einfach politisch für falsch.

Politisch finde ich persönlich es verdammt auffallend, dass damals, als die sogenannten christlichen Gewerkschaften agiert haben und das Tarifniveau nach unten gezogen haben, überhaupt keiner auf die Idee gekommen ist, ein Tarifeinheitengesetz zu fordern. (Beifall)

An der Rosinenpickerei ist in Teilen was dran. Aber was ich auffallender finde, ist: Jetzt, wo einzelne natürlich Spartengewerkschaften zum Beispiel von der GDL relativ schlagkräftig das Tarifniveau insgesamt nach oben ziehen - das kann man bei der DB AG erkennen -, fällt einem sofort ein, ein Tarifeinheitengesetz zu machen. Unserer Analyse nach ist es eine Einschränkung des Streikrechts. Da fällt einem sofort ein, das Tarifrecht einzuschränken. Da fallen einem plötzlich die Einheitsgewerkschaften ein.

Wie gesagt, ich finde das politisch falsch und ich finde es politisch auch schäbig. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Kleine Nachfrage mit der Bitte um einen kurzen Satz: Wenn man die unterschiedlichen Rechte, die Benachteiligung bestimmter Arbeitnehmergruppen et cetera nimmt - in Deutschland schon schwer genug. Jetzt fordert ver.di einen einheitlichen Arbeitsmarkt mit den gleichen Rechten für Europa. Wenn wir hier schon Schwierigkeiten haben, kriegen wir es dann eher in Europa zustande und haben dann eine neue Grundlage, Herr Hofreiter, oder wer fängt an damit, gleiche Rechte auf europäischer Ebene?

Dr. Anton Hofreiter

Für gleiche Rechte auf europäischer Ebene sind wir immer ganz große Fans, aber nicht nach dem Motto, wir nivellieren die Standards nach unten, sondern wir ziehen die Standards bitte nach oben. (Beifall)

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Manfred Erdenberger

Ergänzung, Herr Weiß?

Peter Weiß

Wer die europäische Gewerkschaftslandschaft kennt - die meisten hier im Saal kennen die -, wissen, dass in den Ländern, in denen es viele Spartengewerkschaften, Berufsgewerkschaften gibt und diese eher einen Kampf gegeneinander führen, als sich auf die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern zu konzentrieren, die Ergebnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchweg schlechter sind als bei uns in Deutschland. Jetzt kann man natürlich sagen: Okay, diese Tarifgemeinschaft von ver.di mit DGB-Tarifunion ist jetzt auch nicht ver.di's Lieblingskind, aber - Entschuldigung - das Verhandlungsergebnis im öffentlichen Dienst kann sich sehen lassen. Die Tarifgemeinschaft zwischen der Spartengewerkschaft DJV - Deutscher Journalistenverband - und DJU - heute ver.di - kann man auch kritisch sehen. Aber die Ergebnisse für die Journalisten bei den Tarifverträgen wären sicherlich, wenn gespalten verhandelt würde, schlechter.

Ich finde, das ist ein Erfolg, dass es bei uns eine gewisse Tradition, Kultur gibt, die durch das Tarifeinheitsgesetz unterstützt wird. Es ist darum gegangen, die Gemeinsamkeit zu suchen, um gemeinsam gute Ergebnisse für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finden. Auch die GDL, die von Herrn Hofreiter so sehr geliebt und hochgeschätzt wird, geht mit diesem Gesetz nicht unter; denn es gibt im riesigen Bahnkonzern, der sich auf etwa 350 Betriebe aufspaltet, mindestens 40 Betriebe, in denen die GDL beim Abzählen eine Mehrheit hätte. Das weiß auch die EVG. Deswegen glaube ich, dass dieses Gesetz dafür sorgt, dass GDL und EVG am Schluss gemeinsam an einem Strang ziehen, um gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne bei der Bahn auszuhandeln.

Manfred Erdenberger

Noch so ein abendfüllendes Thema. Dazu könnten wir wahrscheinlich eine eigene Veranstaltung machen, genauso wie zu dem Thema: Wie gehen wir mit Arbeitswelt digital 4.0 um? Kommen dann viele Menschen und sagen: Habt ihr eigentlich keine anderen Probleme, als jetzt darüber zu diskutieren? Das kann man nachvollziehen, wenn man die Unmengen von Problemen und Belastungen und Herausforderungen der Flüchtlingsproblematik sieht. Dazu kommen wir später. Aber Herr Riexinger, die Arbeitswelt digital 4.0, ist das was, womit sie sich beschäftigen würden, oder sagen Sie, wir haben andere Sorgen?



Bernd Riexinger

Ich will vorher noch etwas zum Tarifeinheitengesetz sagen. Ich bin ja beim öffentlichen Fernsehen schon gewöhnt, dass ich übergangen werde, aber bei ver.di sollten wir es vielleicht nicht machen.

Manfred Erdenberger

Nein, Sie haben doch jetzt die Spitzenposition.

Bernd Riexinger

Wir haben inzwischen das wirklich große Problem für die Gewerkschaften, dass wir im Osten noch 37 Prozent der Beschäftigten in Tarifverträgen haben, im Westen noch 51 Prozent. Wenn es noch ein paar Jahre so weitergeht, wird nur noch eine Minderheit der Beschäftigten unter Tarifverträge fallen. Unter Tarifeinheit hätte ich ein Gesetz verstanden, das wieder sicherstellt, dass es zur Regel für die Beschäftigten wird, dass sie unter Tarifverträge fallen, und nicht zur Ausnahme, nicht zur Einschränkung des Streikrechts. (Beifall)

Ich glaube ehrlich gesagt, die Kolleginnen und Kollegen von ver.di wissen ganz genau, dass es eine Einschränkung des Streikrechts ist, die aber nicht nur die Berufsgewerkschaften treffen wird. Ich war nie ein Anhänger von Berufsgewerkschaften. Aber es ist ein Einfallstor und betrifft insbesondere ver.di in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen sehr, sehr schnell. Deswegen sollten wir hier sagen: Wehret den Anfängen! Es gibt schon die ersten, die fordern, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge das Streikrecht einzuschränken. Oder jetzt dieses Urteil mit den Piloten. Ich finde, wir sollten uns grundsätzlich als Gewerkschafter gegen jede Einschränkung des Streikrechts wehren. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Jetzt gebe ich die Spitzenposition weiter an Herrn Dr. Hofreiter. Können Sie mit dem Thema Digitales leichter umgehen.

Bernd Riexinger

Ich wollte noch - -

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Manfred Erdenberger

Nein, das machen wir gleich. Wir müssen jetzt wechseln. Wir müssen doch zwischendurch auf die Uhr gucken, Herr Riexinger. Das ist das Problem.

Dr. Anton Hofreiter

Die Digitalisierung hat natürlich sehr, sehr viele positive Aspekte im täglichen Leben, wenn man sich anschaut, wie viele Handys hier unterwegs sind. Aber wenn man insgesamt auf die Arbeitswelt blickt, muss man sich da auf eine ganze Reihe von Punkten vorbereiten. Es besteht nämlich durchaus die Gefahr, dass in ganzen Bereichen Arbeitsplätze wegfallen, dass ganze Bereiche überhaupt nicht mehr in der Form existieren werden, wenn entsprechende Digitalisierung durchgesetzt wird. Ich meine, da brauchen wir auf der einen Seite eine Ausbildungsoffensive. Auf der anderen Seite muss man sich zum Teil - das ist in mancher Hinsicht nicht einmal klar, wie man das gesetzgeberisch fasst - gesetzlich auf neue Formen vorbereiten. Es gibt etwa die Auseinandersetzung zwischen dem Taxigewerbe und Uber. Das ist noch relativ offen, wie man das überhaupt gesetzgeberisch klug handhabt.

Des Weiteren sehe ich es als ganz entscheidende Sache an, dass wir die sozialen Berufe stärken. Es gibt einen ganzen Schwung Bereiche, wo man mit der Digitalisierung zu keinem vernünftigen Ergebnis kommt. Ich kann mir nämlich vorstellen, dass auf der einen Seite die Digitalisierung im Industriebereich noch einmal einen Produktivitätsschwung schafft; aber auf der anderen Seite - wenn ich mir nur die demographische Entwicklung anschau - brauchen wir, glaube ich, insbesondere mehr Arbeitskräfte im ganzen sozialen Bereich, von Pflege bis Ausbildung. Deswegen sehe ich da eine ganz, ganz große Aufgabe auf ver.di zukommen, wie man das zukünftig mitgestaltet, wie man das mit entwickelt.

Ich sehe allerdings auch eine ganz große Aufgabe auf die Politik zukommen, nämlich wie man das entsprechend finanziert, wie man die Finanzmittel bereitstellt. Die öffentliche Hand schaut im Moment zwar etwas besser aus, aber man wird trotzdem sehr genau hinschauen müssen, wie man das langfristig finanziert. Ich meine, bei der Auseinandersetzung um die Bezahlung der Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter hat man ja gesehen, wie hartleibig sich die öffentliche Hand erweisen kann, um Menschen, die eine ganz, ganz wichtige und nicht einfache Arbeit machen, einen anständigen Lohn zukommen zu lassen. (Beifall)



Manfred Erdenberger

Herr Oppermann, es hat ja schon 2014 in Meseberg ein breit angelegtes Zukunftsgespräch gegeben mit den Sozialpartnern, Wirtschaft, Gewerkschaften, Betriebsräten zu dem Thema „Heute über morgen reden“. Jetzt hat Professor Kühl aus Bielefeld, den ich auch erst seit dem Zitat kenne, gesagt: „Das Thema ist nicht neu. Seit 30 Jahren immer neue Prozesse. Daraus lernen, statt permanent das Rad neu zu erfinden.“ Sind wir längst gewappnet und haben das nur noch nicht gemerkt? Oder haben wir wirklich Nachholbedarf?

Thomas Oppermann

War das jetzt auf Digitalisierung bezogen?

Manfred Erdenberger

Digitalisierung. Jetzt sind wir weiter. Ja.

Thomas Oppermann

Wir sehen ja alle, wie rasant die digitale Technologie unser Alltagsleben und das Berufsleben verändert, und diese Revolution ist noch lange nicht zu Ende. Sie geht ununterbrochen weiter. Sie macht vor kaum einer Berufsgruppe halt. Sie wird dazu führen, dass ganze Berufsgruppen wegfallen oder sehr stark eingeschränkt werden. Das heißt, es fallen Arbeitsplätze weg. Wir müssen uns darum kümmern, wie die neuen Arbeitsplätze, die im Zuge der Digitalisierung entstehen, sozialverträglich ausgestaltet werden. Wir können diesen Prozess wahrscheinlich nicht verhindern, aber wir können ihn gestalten.

Es gibt sehr unterschiedliche Entwicklungen. Wenn ich mir Uber angucke, dann ist das ganz klar ein Modell, das die Taxifahrer an den Rand drängt. Da wird im Grunde genommen eine ganze Branche ausgehebelt. Das Fahrgastgewerbe wird quasi privatisiert. Wenn ich mir Airbnb angucke, ist das schon ein anderes Modell. Die privatisieren das Beherbergungsgewerbe und sind eher darauf ausgelegt, die örtlichen Steuern, die normalerweise gezahlt werden, zu umgehen.

Das alles sind Veränderungen, die wir natürlich jetzt genau im Auge haben müssen. Wir müssen vor allen Dingen gucken, dass die Arbeitnehmer bei diesen Veränderungen geschützt werden. Wir können wahrscheinlich keine komplette Bestandssicherung erreichen. Irgendwann setzt sich natürlich eine neue Technologie auch durch. Man kann sie nicht aufhalten. Aber wir müssen dafür sorgen, dass die neuen Arbeitsplätze, die im digitalen

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Bereich entstehen, gute Arbeitsplätze sind, eben gute Arbeit, die nicht total verdichtet ist und die nicht entgrenzt ist, die nicht schlecht bezahlt wird.

Manfred Erdenberger

Wobei zu gut eben auch fair gehört. Das ist nicht zu trennen.

Thomas Oppermann

Eindeutig. Ganz klar.

Manfred Erdenberger

Ich komme gleich zu Herrn Riexinger, frage jetzt eben noch Herrn Weiß. Es gibt nämlich eine Umfrage sinnigerweise der Deutschen Bank vom August 2015. Danach ist ein Drittel der Arbeitnehmer überfordert mit diesem neuen Thema Digitalisierung 4.0. Jeder Zweite versucht, durch Fortbildung auf dem Laufenden zu bleiben, sagt diese Studie. Und die Sorge ist da, dass durch die Digitalisierung in bestimmten Branchen - Herr Oppermann hat es schon kurz angesprochen - viele Sektoren komplett wegfallen, dass Arbeitsplätze wegfallen. Deshalb die Frage: Schaffen wir das alleine? Oder wieder auf europäischer Ebene, gemeinsam mit anderen Partnern?

Peter Weiß

Es ist ja nicht so, dass sich in den letzten Jahrzehnten die Arbeitswelt nicht auch verändert hätte. Es kann jeder ein Lied davon singen. Das, was wir heute bei der digitalen Revolution erkennen können, ist, dass das noch mal so etwas Ähnliches wird wie die industrielle Revolution, die die Arbeitswelt grundlegend verändert hat. Ich glaube, jetzt sind wir Politiker gefordert, zusammen mit den Sozialpartnern. Wir müssen schauen, dass folgende Prinzipien gelten müssen: Digitalisierung heißt nicht, dass es ganze Bereiche von Beschäftigung ohne Arbeitsschutz gibt. Digitalisierung darf auch nicht heißen, dass es ganze Bereiche von Beschäftigung ohne tarifliche Bezahlung gibt. Digitalisierung kann nicht bedeuten, dass es ganze Beschäftigungsbereiche ohne Mitbestimmung gibt. Digitalisierung kann auch nicht bedeuten, dass es ganze Beschäftigungsbereiche gibt, die überhaupt nicht mehr im Verbund mit anderen ihre sozialen Bedingungen mitgestalten können.

Dazu brauchen wir aber neue Instrumente. Da werden uns das heutige Betriebsverfassungsgesetz und die heutigen Mitbestimmungsregelungen allein nicht weiterhelfen. Das ist



die eigentliche Frage. Und da sind wir, ehrlich gesagt, erst am Anfang. Aber darauf kommt es an: Arbeitsschutz, tarifliche Bezahlung und Mitbestimmung auch im digitalen Zeitalter.

Manfred Erdenberger

Deshalb die Eingangsfrage zu dem Thema an Herrn Riexinger: Wer gestaltet diese neuen Modelle? Nach der zitierten Umfrage sind beispielsweise 68 Prozent an Digitalisierung durchaus interessiert. Aber damit haben sie ja noch nicht die Fähigkeiten, sich damit auseinanderzusetzen. Die Handwerkskammer in Koblenz schult bereits Lehrlinge, Gesellen und Meister digital, habe ich gesehen.

Jetzt stellt sich aber natürlich die Frage: Wer gestaltet diese Arbeitsprozesse neu, und zwar unter den Bedingungen, die Herr Oppermann beschrieben hat: gut und fair bezahlt und die Rahmenbedingungen geregelt? Haben Sie aus Ihrer Sicht Probleme, damit umzugehen?

Bernd Riexinger

Ich glaube, es ist grundsätzlich ganz schwierig vorauszusehen, welche Entwicklungsrichtungen dieser Technologieschub nimmt. Wir müssen ja auch immer gut analysieren, über was wir eigentlich reden. Digitalisierung an sich ist ja nichts Neues. Es entsteht aber eine neue Qualität, die auch für die Gewerkschaften, glaube ich, neue Herausforderungen bringt, und zwar insbesondere bei der Frage der internationalen Arbeitsteilung.

Was heißt eigentlich Digitalisierung in der Zukunft? Das heißt, es entsteht so etwas wie ein weltweiter Datenraum und Informationsraum, der losgelöst ist von Raum und Zeit, und zwar weltweit. Aber unsere Arbeitsverträge, unsere Tarifverträge und vieles andere mehr sind national. Wir müssen uns vorstellen: Wenn Sie ganze Freelancer-Gruppen einwerben können in praktisch zeitlich befristeten Arbeitsverträgen auf einem weltweiten Arbeitsmarkt, dann greifen nationale Regelungen in vielen Feldern nicht mehr. Wir müssen höllisch aufpassen, dass dort nicht quasi ein Feld völlig deregulierter Arbeit entsteht, weit über das hinausgehend, was wir heute haben. Deswegen ist es eine elementare Voraussetzung, diese Arbeit zu regeln.

Wir haben das heute übrigens auch schon bei den Konzernen. Meine Schwester arbeitet bei einem Automobilzulieferer. Die haben in der Entwicklungsabteilung Entwickler in Indien und Entwickler in Stuttgart, die an den gleichen Produkten arbeiten, nur mit dem Unterschied, dass die in Indien viermal billiger sind als die in Stuttgart. Das geht auch völlig losgelöst von Raum und Zeit. Die können über die Informationstechnologien völlig prob-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

lemlos miteinander kommunizieren und an einem Produkt arbeiten. Die werden perspektivisch völlig gegeneinander ausgespielt. Dem Stuttgarter wird gesagt: Die in Indien machen das viel billiger als ihr in Stuttgart.

Das ist also ein weiteres Instrument, mit dem versucht wird, Löhne zu drücken und Differenzierungen herzustellen und insbesondere international die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen. Ich will keinen Kassandraruft machen, aber das ist ein bisschen angelegt in diesem Prozess. Ich befürchte, dass die Entwicklungslinien der Digitalisierung die heute vorhandenen Spaltungsprozesse unter den Beschäftigten in prekär Beschäftigte, Kernbeschäftigte, Freelancer, Solo-Selbstständige und andere eher noch verstärken werden.

Das ist tatsächlich die Herausforderung für die Gewerkschaften und für die Politik. Ich glaube, wir brauchen Regelungen, die in diesem Zusammenhang diese Ausdifferenzierung und Spaltung verhindern und die von vornherein klare Regeln für die digitalisierte Arbeit schaffen, die aber auch den Gewerkschaften ermöglichen, Tarifverträge zu schließen und kollektive Regelungen zu vereinbaren, um zu verhindern, dass das permanent unterlaufen wird. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Ich kann mich gut daran erinnern, dass es in den Achtzigerjahren, als bei Ford in Köln die ersten zwei Roboter eingeführt wurden, Abendveranstaltungen und Protestkundgebungen gab. Heute redet kein Mensch darüber. In Dubai fahren die Hochbahnen und die normalen Kurzstreckenbahnen ohne Lokführer. Darüber würde sich bestenfalls die GDL aufregen. Für die Küche gibt es inzwischen Automatenroboter, die Herrn Lafer ersetzen. Aber das ist ja auch mal eine gute Nachricht. (Beifall)

Herr Oppermann, wir wechseln jetzt auf ein anderes Thema, nacheinander dann für alle, auf das Thema Rentenversicherung. Auch das ist ein großes Thema - das ist auch immer wieder gesagt worden - im Zusammenhang nicht nur mit der Riester-Rente, sondern auch mit der Altersarmut, die da möglicherweise droht. Es ist eine Herausforderung gleichermaßen für Gewerkschaften und Politik. Beim Rentenniveau erwähne ich nur mal das Stichwort Angleichung der Ost- und West-Renten - da wir in Leipzig sind, müssen wir das noch einmal erwähnen -, das auch noch nicht gelöst ist.

Es gibt also eine Menge zu tun. Es sind immer wieder Reformen angepackt worden, aber wir haben weiterhin Handlungsbedarf. Das ist auch in den Anträgen und in der Diskussion hier noch einmal deutlich geworden. Wo fangen Sie an damit?



Thomas Oppermann

Ich glaube, wir sollten uns beim Rentenniveau voll darauf konzentrieren, dass wir in Zukunft ein hohes Lohnniveau haben werden; denn entscheidend für das Rentenniveau ist die Höhe der Löhne und was die Leute verdienen; danach bestimmt sich die Rente. Das kann man nicht auf dem Papier garantieren. Die Frage von Franz Müntefering war immer: „Wie viel Prozent von was?“

Manfred Erdenberger

Ja.

Thomas Oppermann

Ist das 50 Prozent von X, oder ist das 50 Prozent von Y?

Ich bin dafür, dass wir uns voll darauf konzentrieren, dass wir unsere wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, dass sich Arbeitnehmereinkommen erhöhen, dass wir eine gute Lohnentwicklung haben. Das ist die beste Voraussetzung für eine gute Altersversorgung.

Wir haben einige Sachen gemacht. Wir haben die Rente mit 67 punktuell korrigiert. Wir haben für Langzeitbeschäftigte die Rente mit 63 nach 45 Beschäftigungsjahren ermöglicht. Ich finde, das war eine gute Korrektur der Rente mit 67. Wir haben die Mütterrente eingeführt. Das haben viele als Gerechtigkeit empfunden. Wir müssen bei der Mütterrente allerdings auch noch dafür sorgen - die ersten Schritte dazu sind auch schon gemacht worden - , dass sie schrittweise steuerfinanziert wird und nicht von den Beitragszahlern übernommen wird. (Beifall)

Wir haben die Minderungsrente deutlich verbessert. Und jetzt kommt es in einem vierten Schritt darauf an, dass wir auf jeden Fall in dieser Wahlperiode - Herrn Weiß habe ich da an meiner Seite - auch noch die solidarische Lebensleistungsrente anpacken. Wir wollen, dass Menschen, die lange beschäftigt sind - nach dem Koalitionsvertrag sind das 40 Versicherungsjahre, nicht Beitragsjahre -, eine spürbare, eine deutlich höhere Rente bekommen als die Grundsicherung im Alter, weil sich Arbeit auf jeden Fall lohnen muss. Das ist unser Ziel.

Manfred Erdenberger

Herr Weiß, es gibt Stimmen, die plädieren jetzt schon angesichts des rückläufigen Rentenniveaus dafür, sich stärker in der privaten Altersversorgungsalternative zu engagieren. Das

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

setzt natürlich eine gewisse Finanzierungsmöglichkeit voraus. Und derjenige, der schlecht bezahlt hat und der ein niedriges Rentenniveau zu erwarten hat, hat erst recht kein Geld dafür, für eine Altersvorsorge etwas aufzuwenden. (Beifall) Also ist das eine Spirale, die sich meines Erachtens rückwärts dreht. Wofür plädieren Sie?

Peter Weiß

Zunächst halte ich es für ein bemerkenswertes Ergebnis der Großen Koalition, dass mit dem Rentenpaket zum ersten Mal seit 25 Jahren in der gesetzlichen Rente nicht Leistungsverlechterungen beschlossen worden sind, sondern dass der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit deutliche Leistungsverbesserungen beschlossen hat. Das sind insgesamt elf Milliarden Mehrausgaben bis 2030.

Wenn ich persönlich auf das Rentenpaket noch etwas drauflegen dürfte, dann muss ich sagen: Mir machen nach wie vor die Erwerbsminderungsrentner Sorge; denn wer vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden muss, obwohl er gerne länger arbeiten würde, der kann nichts mehr für seine Rentenbiografie tun. Wenn wir noch einmal an das Rentenpaket rangehen, dann würde ich gerne insoweit noch etwas drauflegen. Dies zuallererst.

Das Zweite ist dieses. Die Rentenreform von Riester war ja so gedacht gewesen, dass möglichst jeder Arbeitnehmer auch noch eine zusätzliche Altersversorgung hat. Wir müssen kritisch feststellen, dass seit 2009 der Zuwachs an zusätzlicher Altersversorgung generell stockt.

Wenn es ein Gebiet gibt, auf dem man etwas tun könnte, um das auch für Geringverdiener finanziell attraktiver zu machen, dann ist es, glaube ich, die betriebliche Altersversorgung. Deswegen haben wir uns in der großen Koalition vorgenommen, dass wir gemeinsam an das Thema herangehen wollen.

Über die solidarische Lebensleistungsrente hat schon Thomas Oppermann gesprochen; das will ich jetzt nicht wiederholen.

Wenn es uns gelingt, ein Rentenpaket mit einer besseren BAV möglichst für alle und einer solidarischen Lebensleistungsrente zu schnüren, dann wäre diese Große Koalition eine, die in Sachen Altersvorsorge wirklich einen deutlichen Sprung nach vorn gemacht hätte. Das wünsche ich mir auch.



Manfred Erdenberger

Das war jetzt die Große Koalition. Jetzt kommt die effektive kleinere Koalition aus der Opposition. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Herr Hofreiter? Altersarmut droht.

Dr. Anton Hofreiter

Also in der Opposition gibt es keine Koalition, auch dann nicht, wenn wir nebeneinander stehen.

Manfred Erdenberger

Okay.

Dr. Anton Hofreiter

Ich würde es mir zwar manchmal wünschen, dass es Koalitionsoptionen gäbe, wie es sich im Moment darstellt. Aber das steht auf einem anderen Blatt Papier. - So viel zunächst zur Opposition.

Dann zu der Frage: Wie geht es weiter mit der Rente? Ich glaube, der zentrale Punkt ist, dass es uns gelingt, die gesetzliche Rentenkasse zu stärken. Man muss ja ganz offen zugeben: Wir Grünen waren schließlich mit dabei, als die Riesterrente eingeführt worden ist. Aber die Ergebnisse sind nicht in jeder Hinsicht überzeugend, um es einmal vorsichtig auszudrücken. (Beifall)

Deswegen muss man bei der Riesterrente auf alle Fälle für mehr Transparenz sorgen. Denn es ist ja doch so, dass ein nicht unerheblicher Teil des gesamten Riesterrenten-Systems letztendlich bei den Anbietern hängenbleibt und nicht am Ende bei den Arbeitnehmern ankommt. Das muss man zunächst einmal nüchtern feststellen. (Beifall)

Ehrlicherweise muss man auch zugeben - was jetzt auch gar nicht so überraschend ist -, dass Menschen mit geringen Einkommen relativ wenig Riester-Verträge abschließen. Warum ist das so? Das ist so, weil sie dafür einfach kein Geld übrig haben. Das ist die schlichte Wahrheit, die dahinter steckt. (Beifall)

Deshalb glaube ich: Ins Riester-System muss mehr Transparenz hinein, damit die Verbrauchertäuschung wegkommt. Ich glaube aber, die zentrale Aufgabe wird sein, das gesetzliche Rentensystem zu stärken und zu schauen, wie man zu mehr Einzahlern kommt. Darauf

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

muss geachtet werden. Es gibt inzwischen so viele Soloselbstständige, es gibt so viele Leute, die eigentlich, wenn man sich ihr Einkommen anschaut, besser im Rentensystem aufgehoben wären. Deshalb muss man perspektivisch überlegen, wie man mit der Bürgerversicherung umgeht, dass wir die Einkommensbasis verstärken. Wenn wir ehrlich sind, dann ist es überhaupt nicht trivial, das System insoweit zu verändern, und das kann sicher auch nicht in einer Legislaturperiode geschehen.

Aber die zentrale Botschaft ist: Wir müssen die gesetzliche Rentenkasse stärken. Und wir müssen uns überlegen, ob man irgendeine Form von Garantierente einführen kann; denn es kann nicht sein, dass Leute, die ewig gearbeitet haben, am Ende de facto in irgendeiner Form von Hartz IV - auch das gehört reformiert - leben müssen. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Herr Riexinger, wir reden über Auswirkungen der Finanzkrise. Wir reden über rückläufige Zinsen und Renditen. Wir haben auch schon über die anderen Aspekte geredet, auch von der Riesterrente, Beitragssätzen et cetera. Die Ost-West-Angleichung wäre fällig. Immer weniger Lohn wird gezahlt. Die Teilzeitbeschäftigung kommt hinzu. Die Lücke wird größer, und die Schere öffnet sich weiter. Wer kann jetzt gefordert sein, diese Lücke möglichst schnell zu schließen? Wir können dieses Problem ja nicht ewig hinausschieben.

Bernd Riexinger

Ja. Man muss noch einmal sagen, dass wir in der Rentenpolitik das größte Desaster erleben. Frank Bsirske hat mir letztens gesagt, dass es eine Untersuchung gibt, wonach die Babyboomer-Jahrgänge um 1964 herum, die durchschnittlich 2.500 Euro verdienen, im Jahr 2030 eine Rente von 786 Euro kriegen. Das ist knapp über der Grundsicherung, aber nur dann, wenn sie 45 Jahre lang gearbeitet haben. 30 Prozent der Beschäftigten verdienen weniger als 2.500 Euro brutto. Das heißt, wir rasen mit einem Riesentempo in eine echte Altersarmut hinein. Und die muss dringend gestoppt werden. (Beifall)

Es ist das Resultat dieser Rentenpolitik, dass viele nicht wissen: Das Rentensicherungs niveau wird nach und nach von 53 Prozent auf 43 Prozent abgesenkt. Das bedeutet nichts anderes, als dass auch Durchschnittsverdiener definitiv in die Altersarmut gehen werden. Deswegen muss die Senkung des Rentensicherungs niveaus gestoppt werden. Wir müssen wieder auf 53 Prozent kommen. (Beifall)



Peter Weiß

Aber wie?

Bernd Riexinger

Aber wie, sagt jetzt Herr Weiß. Ich sage das gleich.

Manfred Erdenberger

Moment! Moment!

Bernd Riexinger

Indem man natürlich die Rentenformel wieder ändert und die alte Rentenformel wiederherstellt. Das ist eine politische Entscheidung, die getroffen werden muss (Beifall) und die man natürlich genauso gut umgekehrt treffen kann, wie man sie in die falsche Richtung gehend getroffen hat. (Beifall) Wir wissen doch alle, dass die Riesterrente nichts anderes war als praktisch ein Aushebeln der paritätischen Finanzierung. Die Arbeitnehmer bezahlen mehr und die Arbeitgeber weniger. (Beifall) Wir müssen wieder zurück zur paritätischen Finanzierung. Das wäre im Übrigen billiger, und die Arbeitnehmer würden mehr kriegen, wenn sie nicht private Versicherungen abschließen müssten.

Wir müssen also in diese Richtung gehend die Gesetzliche Rentenversicherung stärken. Für uns gibt es insoweit drei Prinzipien, die entscheidend sind: Wir brauchen eine Rente, die den Lebensstandard sichert. Menschen, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben, müssen auch im Alter ihren Lebensstandard sichern können, und der darf nicht massiv abfallen; das kann nicht sein. (Beifall)

Das Zweite: Die Rente muss armutsfest sein. Wenn du 786 Euro selbst dann kriegst, wenn du 45 Jahre lang gearbeitet hast, kann irgendetwas nicht stimmen. Wir brauchen also eine Mindestrente, die die Armut im Alter verhindert. Wir wollen nicht, dass die Menschen im Alter Flaschen sammeln müssen. (Beifall)

Und jetzt kommt - -

Manfred Erdenberger

Entschuldigung. Herr Riexinger, - -

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Bernd Riexinger

Nur noch meinen dritten Punkt: Die Rente mit 67 muss weg. (Beifall) Das wollte ich nur noch als meinen dritten Punkt gesagt haben.

Manfred Erdenberger

Entschuldigung, Herr Riexinger, jetzt kommt Herr Oppermann, weil er sich spontan gemeldet hat. - Darf ich Sie jetzt bitten, Herrn Oppermann das Wort zu lassen?

Thomas Oppermann

Herr Riexinger stellt natürlich alle Forderungen. Wir müssen das aber auch finanzieren. (Lachen - Pfiffe)

Manfred Erdenberger

Jetzt lassen Sie ihn doch einmal ausreden.

Thomas Oppermann

Ja, das gehört auch dazu. - Wir haben ein beitragsfinanziertes System, ein umlagefinanziertes System, und wir haben inzwischen einen Steuerzuschuss von 80 Milliarden Euro für die Rente. Der wird sich nicht beliebig steigern lassen. Wenn Herr Riexinger alle Millionäre enteignet hat, geht das sicherlich für einen vorübergehenden Zeitraum. Ob das langfristig reicht, da bin ich mir nicht sicher. (Leichter Beifall)

Herr Riexinger hat etwas gesagt, was nicht zutrifft. Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente wird nicht durch Gesetz abgesenkt, sondern im Gesetz steht, dass wenn das Rentenniveau unter 43 Prozent fällt, spätestens dann der Gesetzgeber verpflichtet ist zum Eingreifen, dass er Maßnahmen ergreifen muss, (Unruhe) weil es auf gar keinen Fall niedriger fallen darf.

Aber ich sage noch einmal: Wir müssen gucken, dass wir ein hohes Lohnniveau in diesem Land behalten. Dann ist die Rente auch am besten geeignet, gegen Armut zu schützen. Anders wird es nicht funktionieren. Wir werden nicht eine komplett steuerfinanzierte Rente haben können. Wir müssen realistisch sein. Wir werden durch geeignete Maßnahmen si-



herstellen, dass jedenfalls Menschen, die lange gearbeitet haben, sich nicht mit der Grundsicherung zufrieden geben müssen, sondern dass die deutlich mehr haben. Das ist auch gerecht. Aber wir können nicht ein leistungsloses Grundeinkommen einführen, wie es die Linken fordern oder wie es Teile der Linken fordern, oder wir können auch nicht eine steuerfinanzierte gesetzliche Mindestrente von 1.000 Euro einführen. Das halte ich für unrealistisch. Und wenn Sie glauben, dass es Leute gibt, die das können, dann wäre ich eher misstrauisch. Ich halte das nicht für realistisch.

Manfred Erdenberger

Wir suchen jetzt beim nächsten Thema genau diejenigen, die dazu beitragen können.

Bernd Riexinger

Darf ich nur noch ganz kurz?

Manfred Erdenberger

Später, später.

Bernd Riexinger

Ich will nur sagen: Wenn wir mit der SPD eine Vermögensteuer einführen könnten, dann wäre das einmal ein erster Schritt. Dann können wir - -

Manfred Erdenberger

Nun lassen Sie uns doch einmal den Weg verfolgen, den wir eingeschlagen haben, um in der kurzen Zeit das abzuhandeln. (Beifall)

Wir sind doch jetzt bei der Steuer. Sie sind schon wieder einen Schritt zu weit nach vorn gegangen.

Erbschaftsteuer und andere Einnahmen: Wir suchen also diejenigen, die die Einnahmesituation verbessern könnten für die vielen Investitionen, die in den verschiedensten Bereichen nötig sind. Wir brauchen beispielsweise eine Diskussion über Steuerflucht und Steuerbetrug. Die Finanztransaktionssteuer könnte zum Beispiel auch etwas sein, womit man noch etwas Geld hereinholen könnte. Natürlich auch mit der Erbschaftsteuer. Im Übrigen vielleicht auch mit anderen Steuern, beispielsweise Steuern neu erfinden und andere erhöhen.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Also: Erbschaftsteuer. Fangen wir damit einmal an. Es gibt einen Gesetzentwurf. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, da habt ihr noch Zeit nachzubessern, das klappt noch nicht. Herr Schäuble hat gesagt, wir setzen die Vorgaben exakt um; die Reform bleibt umstritten. Wer tut jetzt was? - Herr Weiß, fangen wir bei Ihnen an. - Erbschaftsteuer. Und dann kommen die anderen Punkte.

Peter Weiß

In dieser Woche wird der Deutsche Bundestag in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Erbschaftsteuer beraten, der das umsetzt, was das Bundesverfassungsgericht uns vorgegeben hat. Von daher: Wer setzt das um? - Wir setzen das um.

Das Zweite ist Folgendes. Ich glaube, der Punkt ist einfach der: Wir haben ja auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer ein großes Interesse daran, dass familiengeführte Unternehmen im Erbfall auch tatsächlich vererbt werden und sie nicht an irgendeinen großen Multi verkauft werden, der das dann als Spielzeug ansieht und morgen vielleicht die Arbeitsplätze aus Deutschland verschwinden lässt oder sonst irgendeine Schweinerei macht.

Deswegen ist das Gesetz so gestrickt: Für die kleineren Unternehmen gilt, wenn sie die Arbeitsplätze erhalten, werden sie verschont. Für die großen Betriebe gilt, dass sie, wenn sie vererbt werden und der Betrieb entsprechend viel wert ist, mehr Erbschaftsteuer zahlen werden als bislang.

Das ist kurz der Inhalt des Gesetzentwurfs.

Manfred Erdenberger

Herr Oppermann, das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung Zeit zur Reform bis Mitte des kommenden Jahres gegeben. Ist das zu schaffen?

Thomas Oppermann

Das ist zu schaffen.



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Ich bin übrigens auch nicht dafür, dass Familienunternehmen durch die Erbschaftsteuer gezwungen werden, Finanzinvestoren aufzunehmen und sich dann der Charakter unserer sozialen Marktwirtschaft dadurch verändert. Aber wenn ich mir das Gesamtaufkommen der Erbschaftsteuer anschau, dann sind das fünf Milliarden Euro bei einem Gesamtaufkommen von rund 650 Milliarden Euro. Dann scheint mir das also eher eine homöopathische Dosis zu sein und kein angemessener Beitrag für unser Gemeinwesen.

Ich halte die Erbschaftsteuer für eine ordnungspolitisch richtige Steuer. Erbschaften wollen wir ja weiter gewährleisten, und im persönlichen Bereich, wenn es um Einfamilienhäuser und dergleichen geht, soll das auch weiter privilegiert bleiben. Aber ansonsten, finde ich, muss jede Generation zumindest einen Teil des Wohlstandes, den sie genießen möchte, auch selbst erarbeiten. (Leichter Beifall) Eine Generation, die nur davon lebt, dass Vermögen weiter vererbt wird, ist keine innovative, dynamische Gesellschaft mehr. Also brauchen wir eine gute Erbschaftsteuer.

Ich könnte mir auch ein höheres Einkommen vorstellen. Leider ist in der Koalition nur vereinbart, dass wir mindestens das jetzige Steueraufkommen halten. Aber wenn man eine Vermögenssteuer am Ende aus bürokratischen Gründen nicht durchsetzen kann, dann muss man auf jeden Fall an der Erbschaftsteuer festhalten.

Manfred Erdenberger

Herr Hofreiter, mit welchen Instrumenten würden Sie denn für Mehreinnahmen sorgen? - Nur mit der Erbschaftsteuer oder auch mit den anderen Stichworten, die eben schon genannt worden sind?

Dr. Anton Hofreiter

Also erst einmal emotional vorweg: Ein Großvater von mir war Maurer, der andere war Elektriker. Deswegen finde ich es persönlich auch befremdlich, wenn uns manche erzählen, Leistung soll sich wieder lohnen, und einem auf der anderen Seite erzählen, Vermögenssteuer oder Erbschaftsteuer darf es nicht geben. Denn, verdammt noch einmal, es ist schlicht und einfach ein leistungsloses Einkommen. Und in einer angeblichen Leistungsgesellschaft, in einer Marktwirtschaft, in einem Kapitalismus gehört es einfach dazu, dass leistungsloses Einkommen anders bewertet wird als der Lohn von Leuten, die hart dafür arbeiten. (Beifall) Das war emotional vorweg.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Aber man muss halt eines zugeben: Die Erbschaftsteuer ist verdammt unbeliebt. Die Leute haben wahnsinnige Angst vor Erbschaftsteuern und glauben immer, es trifft sie persönlich, selbst wenn es im Grunde nur ganz, ganz wenige betrifft. Das heißt, die Erbschaftsteuer ist ein politisch total schwieriges Thema.

Es gibt einen Punkt, wo die beiden Vorredner recht haben. Das ist, dass wir natürlich nicht wollen, dass vernünftige, anständige Familienunternehmen am Ende von Private Equity Fonds aufgekauft werden. In dem Spannungsfeld steht man da. Deswegen glaube ich, dass wir uns genau anschauen müssten, wie eigentlich Vermögen entstehen und wie die große Vermögensungleichheit in Deutschland entstanden ist. Wir sind von den Industrieländern eines der Länder mit der größten Vermögensungleichheit und gleichzeitig mit den niedrigsten Steuern auf Vermögen überhaupt im ganzen OECD-Raum. (Leichter Beifall)

Ich glaube, wenn man da genau hinschaut, muss man da einen ganzen Schwung Dinge mehr machen. Es gibt eine schöne Untersuchung bei Apple. Apple hat allein in Europa beim Verkauf des iPhones durch legale Steuerverschiebungen acht Milliarden Euro Unternehmensteuer in Europa gespart. So etwas ist legal möglich. Und das machen all die großen Konzerne.

Wenn ich mir jetzt die Bundesregierung anschau - das ist jetzt ein Stück weit weg -: In Addis Abeba gab es einen sogenannten Finanzierungsgipfel für die Finanzierung der schwächeren Länder im Süden. Da ging es genau darum, ein Abkommen zu verabschieden, das den großen Konzernen diese Verschieberei von Steuern - die armen Länder trifft das nämlich noch viel härter - schwerer macht. Und wer hat das mit blockiert? - Diese Große Koalition. Und damit schaden sie am Ende nicht nur den Menschen in den ärmeren Ländern, sondern sie schaden allen Menschen, die Arbeitnehmer sind, weil nämlich die Steuern, die die großen Konzerne nicht bezahlen, am Ende alle wir, die abhängig Beschäftigten, bezahlen müssen. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Darf ich da eben mal eines sagen, Herr Hofreiter?

Dr. Anton Hofreiter

Deshalb: mehr Steuerehrlichkeit, Steuerbetrug weg, und bei der Erbschaftsteuer muss man einen komplizierten Kompromiss finden. Ich persönlich könnte mir vorstellen, es muss doch, verdammt noch mal, wenn es in den USA möglich ist, wenn es in so vielen Ländern



möglich ist, auch in Deutschland möglich sein, dass wir eine Vermögensteuer einführen bei dieser ungleichen Vermögensverteilung, die keine Arbeitsplätze vernichtet und trotzdem vernünftig Geld reinspült. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Ich wollte eben an der Stelle, an der Sie von den Großunternehmen und den geringen Steuern gesprochen haben, die die zahlen, einhaken und noch einmal auf die aktuelle Luxemburger Diskussion hinweisen.

Brauchen wir also eine europäische Lösung oder regeln wir das erst einmal allein mit Steuererhöhungen?

Dr. Anton Hofreiter

Im Idealfall bräuchten wir nicht nur eine europäische, sondern sogar eine weltweite Lösung. Es gab eine Chance, aber die Bundesregierung hat das Gegenteil dessen getan, was sie öffentlich verkündet hat und was richtig gewesen wäre. Die Bundesregierung sollte sich massiv dafür einsetzen, dass wir vernünftige europäische Lösungen bekommen. Sie sollte die nächste Gelegenheit wahrnehmen, um zu verhindern, dass die weltweiten Lösungen hintertrieben werden.

Das Kapital agiert inzwischen weltweit. Wir haben irgendwelche kleinstaatlerischen Gesetze, die am Ende keine Chance dagegen haben und zum Teil auch keine Chance dagegen haben sollen. Hier denke ich beispielsweise an Teile der Steuerverwaltung in Bayern, die bewusst so gestaltet sind, dass bestimmte Leute keine Steuern zahlen müssen. Das geht ja schon in der Bundesrepublik Deutschland los. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Herr Riexinger, Steuererhöhungen um jeden Preis und auf jedem Feld? Oder gezielte Steuererhöhungen und Umverteilung mit anderen Bereichen? Gibt es da Möglichkeiten?

Bernd Riexinger

Auf keinen Fall für alle. Ich muss, weil es in der Opposition ja keine Koalition gibt, sagen: Die rot-grüne Koalition hat sich in der Steuerpolitik auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Dr. Anton Hofreiter

Ja, das stimmt. Aber das macht es nicht besser. Das ist zehn Jahre her. Lasst uns an die Zukunft denken und deshalb vielleicht irgendwann einmal bereit sein, eine Koalition mit uns einzugehen und nicht weiter in der Schmollecke zu sitzen. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Das drucken wir aus. Das gibt es morgen zum Frühstück noch einmal zum Nachlesen.

Bernd Riexinger

Das machen wir dann ohne Probleme. Aber zur Zukunft gehört natürlich auch die Bewältigung der Vergangenheit.

Ich will auf die Frage eingehen. Es geht bei der Erbschaftsteuer ja nicht um Omas kleines Häuschen, sondern es geht um die Vererbung von Millionen- und Milliardenvermögen. Die ungerechte Vermögensverteilung hat sehr viel mit der Erberei zu tun. Erben ist keine Leistung. Es werden Millionen und Milliarden vererbt, die durch die Aneignung fremder Leistungen entstanden sind. Deswegen bin ich der Meinung: Bei der Erbschaftsteuer macht es überhaupt nichts aus, wenn Millionäre und Milliardäre endlich ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Und der Rest zahlt im Zweifelsfall auch höhere Steuern, wenn er dazu in der Lage ist?

Bernd Riexinger

Der Rest muss nicht höhere Steuern zahlen, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Wir brauchen im Übrigen unbedingt eine Vermögensteuer. Deutschland ist eines der wenigen Industrieländer, die keine Vermögensteuer kennen. Wir haben da einen klaren Vorschlag: 5 Prozent Vermögensteuer bei einem Freibetrag von 1 Million Euro. Ich glaube, die wenigsten hier wären betroffen.

Ich finde, dass es, ehrlich gesagt, zumutbar und nicht besonders revolutionär wäre, wenn Millionäre ab der zweiten Million 50.000 Euro ans Gemeinwohl abdrücken. (Beifall) Wir



hätten dadurch im Übrigen Mehreinnahmen von 80 Milliarden Euro und könnten in der öffentlichen Daseinsvorsorge sehr viel ausbauen. (Beifall) Wir könnten sehr viel ausbauen bei der Bezahlung der Erzieherinnen und der sozialen Arbeit. Wir könnten in die Zukunft investieren.

Seien wir doch ehrlich: Die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind unterirdisch, die Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge ebenso. Wer den Menschen weismacht, das könnten wir regeln, ohne Vermögen und Reichtum umzuverteilen, der lügt. Ich finde, wenn wir eine soziale Reformpolitik machen, müssen wir an die Reichen heran und müssen den Mut haben, den Reichen und Vermögenden in den Geldbeutel zu greifen. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Herr Oppermann, eine Zwischenfrage, weil das Stichwort Transaktionssteuer schon fiel: Es hat gerade europäische Verhandlungen dazu gegeben, die aber ohne Einigung geblieben sind. Wird das noch was? Da käme ja auch was zusammen.

Thomas Oppermann

Immerhin haben wir es geschafft, das Thema am Laufen zu halten. Wir brauchen elf Länder, die in Europa mitmachen. Großbritannien will nicht mitmachen. Nachdem es vor ein paar Monaten so aussah, als ob das Ganze ergebnislos im Sande verläuft, haben wir es geschafft, dass weitergearbeitet wird. Wir haben vor allen Dingen die Italiener und Franzosen bei der Stange gehalten.

Ich glaube, diese Finanztransaktionssteuer ist wahrscheinlich das wichtigste Steuerprojekt. Mit dieser Steuer kann man ein riesiges Aufkommen erzielen. Sie kann am Ende nur funktionieren, wenn sie in ganz Europa gilt. Es muss nicht gleich auf der ganzen Welt sein. Wir hätten schon ein ordentliches Steueraufkommen, wenn wir das in Europa durchsetzen, selbst wenn es nur außerhalb von UK funktioniert.

Wir brauchen diese Mittel, damit wir die enormen konjunkturellen und wirtschaftlichen Schwankungen in der Euro-Zone besser ausgleichen können. Wir brauchen mehr Investitionen in den südlichen Ländern. Wir müssen dringend die Arbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent in Spanien und anderen Ländern überwinden. Junge Menschen brauchen eine Perspektive und dafür brauchen wir Geld.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Ganz kurz noch etwas zu zwei anderen Punkten. Es gibt auch Fortschritt. 70 Länder haben das Abkommen über den automatischen Informationsabgleich unterschrieben. Das heißt, das Feld für Steuerhinterziehung wird Schritt für Schritt kleiner. Nach dem, was wir in Luxemburg gesehen haben, darf es nicht mehr möglich sein, dass Unternehmen wie Amazon oder Starbucks mit Sondervereinbarungen ihre gesamten Gewinne mit niedrigsten Sätzen in einigen ausgewählten Ländern versteuern. In den Ländern, in denen die Gewinne erwirtschaftet werden, werden hohe Verrechnungspreise bezahlt, um die Steuer dort zu vermeiden.

Ich finde, Steuern von Unternehmen müssen in Deutschland und in Europa dort erhoben werden, wo sie erwirtschaftet werden, und nirgendwo anders. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Bevor wir zu unserem letzten Thema, den Flüchtlingen und den Problemen mit den Flüchtlingen, kommen, möchte ich Ihnen eine Internetseite zum Thema Erbschaftsteuer vorlesen. Das will ich Ihnen nicht vorenthalten. Die Überschrift lautet: So sichern Sie Ihr Erbe vor dem Fiskus. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten und Tricks, um hier Geld zu sparen, Tipps und Tricks zur legalen Nutzung.

Ich weiß nicht, wer das nutzt, aber diese Seite muss unheimlich oft aufgerufen worden sein.

Bernd Riexinger

Von vielen.

Manfred Erdenberger

Von Ihnen auch?

Bernd Riexinger

Ich gehöre zu denen, die nichts geerbt haben.

Manfred Erdenberger

Dass es solche Angebote gibt, ist ja auch schon einigermaßen erstaunlich, finde ich.



Jetzt kommen wir zu den leider oftmals nicht vorhandenen Angeboten für die Flüchtlinge. Ich finde ganz toll, was heute hier zu hören und zu sehen war, wie mit den Flüchtlingen, die in Halle 4 untergebracht sind, von denen umgegangen wird, die hier als Delegierte im Saal sind, vor allen Dingen von den Jugendlichen, die die Flüchtlinge heute besucht haben. Sie hatten die Idee, morgen einigen ausgewählten Flüchtlingen zu der Gelegenheit zu verhelfen, ihre ganz persönliche Sicht der Dinge vorzutragen. Ich denke, wir müssen daraus lernen. Wir sind alle betroffen: Bund, Land, Kommunen, Bürgerinnen, Bürger, auf EU-Ebene bis zur Dorfebene. Wir sind von diesem Problem betroffen. Wir müssen über die Konsequenzen, aber auch über die Ursachen reden.

Bei den Ursachen muss man eigentlich dort anfangen, wo diese Problematik entsteht. Es ist müßig, in den letzten 14 Minuten alles aufzuzählen, wer was machen will. Gibt es so etwas wie einen Grundansatz, wie wir diese Problematik wenigstens versuchsweise in den Griff bekommen können?

Heute Abend findet ein europäisches Gipfeltreffen statt und morgen noch einmal ein kommunaler Gipfel in Berlin. Was es bringen wird, weiß man weder bei Brüssel noch bei Berlin. Wie ist Ihre Idee? Walter Steinmeier hat auch gesagt: Wir müssen an Ort und Stelle anfangen zu handeln. Was sagen Sie: Wie gehen wir damit um?

Thomas Oppermann

Eine Million Flüchtlinge in diesem Jahr - das ist natürlich ein gewaltiger Kraftakt. Es wird ja nicht nur in diesem Jahr Flüchtlinge geben, sondern auch in den Folgejahren. Es geht nicht nur darum, eine Million Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen. Es geht darum, sie zu integrieren, also in Sprachkurse zu bringen, in Kitas, in Schulen, in Ausbildung, in Jobs.

Das ist eine riesige Herausforderung. Da müssen in der Tat alle mittun. Da kann sich keiner für unzuständig erklären. Die Kommunen, die Länder, der Bund, die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften müssen mithelfen. Ich glaube, wir müssen den Menschen auch zeigen, dass wir dringend die Ursachen für Flucht bekämpfen und erreichen müssen, dass sich weniger Menschen aufmachen. Viele sitzen im Libanon, in Jordanien, im Irak oder in der Türkei auf gepackten Koffern, weil nach Jahren des Bürgerkriegs keine Perspektive für ein normales Leben vorhanden ist. Sie ziehen weiter nach Europa.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Ich glaube, wir müssen jetzt unbedingt - und darum geht es heute Abend beim Gipfel in Brüssel - ganz viel Geld in die Hand nehmen, um die Situation in den Flüchtlingslagern zu verbessern. Wir haben jahrelang darüber hinweggesehen, dass sich die Lebensbedingungen für Flüchtlinge von Jahr zu Jahr dramatisch verschlechtern. Wenn dort die Lebensmittelrationen gekürzt werden, wenn dort die Hälfte der Kinder nicht zur Schule gehen kann, wenn sich die Trinkwasserversorgung verschlechtert, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn diese Flüchtlinge weiterziehen und zu uns nach Europa kommen.

Also, wir müssen dringend die Geschwindigkeit, mit der Flüchtlinge zu uns kommen, abbremsen, damit wir Zeit haben, auch die Voraussetzungen für Integration zu schaffen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass dauerhaft mehr Menschen zu uns kommen, und - ehrlich gesagt - brauchen wir sie auch. Denn bis 2030 scheiden sechs Millionen Menschen aus dem Erwerbsleben aus, und die können nicht ersetzt werden. Wir haben also riesige Probleme, Fachkräfte zu bekommen. Bei allen Belastungen, die im Augenblick mit den Flüchtlingen verbunden sind, müssen wir darin eine Riesenchance für eine alternde Gesellschaft sehen, um die Fachkräfte der Zukunft zu gewinnen.

Manfred Erdenberger

Herr Weiß, klar, man braucht Geld, um all das umzusetzen, was gefordert wird, was nötig ist, was jeden Tag nachgefragt wird. Wir haben aber auch Personalprobleme. Gerade im öffentlichen Dienst gibt es immer wieder Probleme, beispielsweise in der Versorgungswirtschaft und bei Dienstleistern et cetera. Ich habe gelesen, Verschiebungen aus Zoll und Bundespolizei erfolgen, um diese Personalprobleme zu lösen, aber gleichzeitig fehlen die dort abgezogenen Fachkräfte, wenn es um die Überwachung von Mindestlohn, Schwarzarbeit oder sonstigem geht. Was ist denn das Rezept aus Ihrer Sicht? Wie gehen wir mit dem Problem um?

Peter Weiß

Wir diskutieren dieses Flüchtlingsthema insbesondere aus einem innerdeutschen Blickwinkel. Das allergrößte Thema ist die Konfliktlösung. Dazu braucht man Diplomatie und entsprechenden Einsatz.

Das Zweite ist - darauf hat Thomas Oppermann aufmerksam gemacht -: In den Nachbarländern von Syrien und Irak leben, bezogen auf die dortige Bevölkerung, unendlich mehr Flüchtlinge als bei uns in Lagern. Und dass die Welternährungsorganisation, weil die reichen Staaten zu wenig Geld einzahlen, für diese Flüchtlinge die Lebensmittelrationen kür-



Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

zen muss und jetzt nur noch 50 Cent pro Flüchtling pro Tag zur Verfügung stehen, dass bei der Syrien-Konferenz die Staaten dieser Welt großartig versprechen, Millionen- und Milliardenbeträge zur Verfügung zu stellen, aber in Wahrheit bis heute 40 Prozent der angekündigten Summen nicht eingezahlt worden sind, das ist, finde ich, der eigentliche Skandal. Daran muss sich etwas ändern. (Beifall)

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass man aus seiner Heimat fliehen muss, ist schon schlimm genug. Wenn man aber in einem Lager landet, in dem man verhungern muss, statt Hilfe zu bekommen, ist es offenkundig, dass man nach Europa abhaut. Deswegen ist es die allererste Aufgabe, die wir hinbekommen müssen, und deshalb werden wir einen größeren Betrag aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stellen, um mit diesen internationalen Organisationen für bessere Verhältnisse in den Lagern zu sorgen. Aber auch die anderen reichen Länder dieser Welt sind mit in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass die internationale Staatengemeinschaft helfen kann.

Was uns hier zu Hause anbelangt, so ist das Wichtigste, dass wir denjenigen, die um Leib und Leben fürchten, auch in Zukunft Aufnahme gewähren. Wir müssen dafür sorgen, dass sie schneller, als das bislang der Fall war, die Möglichkeit bekommen, Deutsch zu lernen, und dass das Modellprogramm, das wir an fünf Standorten der Bundesagentur für Arbeit zur Arbeitsintegration machen, nächstes Jahr auf alle Arbeitsagenturen ausgedehnt wird. Dann, glaube ich, kann man das hinbekommen, dass diejenigen, die auf dem Arbeitsmarkt gesucht werden, auch Arbeit finden können, und dass diejenigen, die um Leib und Leben fürchten müssen, auch in Zukunft in Deutschland Aufnahme finden. Ich denke, es ist das Wichtigste, diese Aufnahmebereitschaft zu erhalten.

Manfred Erdenberger

Herr Hofreiter, viele vermissen angesichts Armut, Kriegen und Konflikten in aller Welt Signale, Initiativen und Handeln der internationalen Völkergemeinschaft und der Vereinten Nationen. Sehen Sie da auch Defizite?

Dr. Anton Hofreiter

Na ja, es ist immer einfach, auf die Vereinten Nationen oder sonst jemanden zu verweisen. Die Vereinten Nationen sind aber nichts anderes als die Summe ihrer Mitglieder, und da ist es manchmal schwierig, zu entsprechenden Ergebnissen zu kommen.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Aber vieles von dem, was meine beiden Vorredner gesagt haben, stimmt. Aber verdammt noch mal, Sie sind Parlamentarier der beiden Regierungsfraktionen! Schauen wir uns einfach das World Food Programme an. Auch die Bundesregierung hat beim World Food Programme erst reagiert, als die Rationen schon auf 50 Cent gekürzt waren. Warum kann man nicht einmal vorausschauend agieren?

Natürlich sind 35 bis 40 Millionen Euro für eine Privatperson eine gigantische Summe, aber für unseren Bundeshaushalt ist das durchaus eine darstellbare Summe, um so etwas kurzfristig zu machen. Ich verstehe nicht, dass wir hier hören, was alles notwendig ist, was passieren müsste; davon ist natürlich vieles richtig. Aber wenn ich mir das reale Handeln der Bundesregierung anschau, wenn ich mir anschau, wie der Haushalt zusammengestellt ist, dann passiert frühestens dann etwas, wenn es eigentlich schon fast zu spät ist. Das ist etwas, was mir persönlich nicht klar ist.

Ein Politikwissenschaftler hat vor Kurzem zu mir gesagt: Wissen Sie, Herr Hofreiter, eine vorausschauende Krisenpolitik werden Sie nie durchsetzen. Denn eine vorausschauende Krisenpolitik ist eine Politik, die dafür sorgt, dass die Krise erst gar nicht eintritt, und dafür kriegen Sie weder mediale Aufmerksamkeit noch großen Applaus. Schön ist es dann, die Krise zu managen. - Aber es wäre doch eigentlich eine sinnvolle Politik, wenn wir in dem Bereich vorausschauend handeln würden. Ich würde mir von dieser Bundesregierung wenigstens wünschen, dass sie es hinkriegt, dass wir das World Food Programme ausreichend finanzieren.

Ich erwarte gar nicht, dass sie das Problem in Syrien löst. Da könnte man sich diplomatische Initiativen wünschen. Aber das ist saukompliziert. Ich würde aber von der Bundesregierung erwarten, wenigstens so einfache handwerkliche Sachen in den Griff zu kriegen. Ich würde einfach erwarten, dass es endlich gelingt, dass im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die freien Stellen besetzt werden. (Beifall) Auch das würde ich mir von der Bundesregierung wünschen. Denn das sind Dinge, die leistbar und machbar sind. Wenn es dann noch der Weltgemeinschaft mit klugen diplomatischen Initiativen gelingt, die Stellvertreterkriege in Syrien zu beenden, dann ist das super.

Wie gesagt, wir sollten endlich das Naheliegende und Machbare anpacken und handeln und nicht immer nur darüber reden. Der entsprechende Minister, Herr Müller, hat mir in einer Fernsehdiskussion am Dienstag genau das Gleiche gesagt, dass es so schlimm ist mit den 50 Cent. Verdammt noch mal, er ist der zuständige Minister! (Beifall)



Manfred Erdenberger

Wir kommen gleich noch einmal darauf zurück. - Herr Weiß, die Zeit läuft. Daher möchte ich nur noch einmal Herrn Riexinger die Chance geben. Denn wir brauchen ein bisschen mehr. Über die Finanzen ist geredet worden. Darüber wird morgen sicherlich auch in Berlin mit den Kommunen, mit den Ländern und den allen Ebenen gesprochen. Wir brauchen mehr Wohnungen - das ist auch bekannt -, und zwar nicht nur für die kurzfristige Unterbringung, sondern auf lange Sicht. Wir brauchen mehr Integration und Migration. Ja, wo fangen Sie an, wenn Sie etwas vorschlagen, Herr Riexinger?

Bernd Riexinger

Man muss vielleicht mit der Aufklärung anfangen. Wir haben weltweit 60 Millionen Flüchtlinge, und die wenigsten kommen nach Deutschland. Wir müssen damit aufhören, immer von der Überforderung unseres Landes zu reden. Wir leben in einem reichen Land, und dann muss der Grundsatz gelten: Menschen in Not muss geholfen werden. (Beifall)

Zweitens. Die ganze Auseinandersetzung um Asyl darf nicht dazu führen, dass das Asylrecht eingeschränkt wird und dass wir jetzt Beschränkungen einführen, um die Leute abzuschrecken, hierher zu kommen. Das scheint mir gerade die Doppelstrategie zu sein: auf der einen Seite Asylrecht einzuschränken und auf der anderen Seite Willkommenskultur zu predigen.

Drittens. Es gibt eine Menge Probleme, die bewältigt werden müssen. Wir können nicht zulassen, dass die ganze Last auf den Kommunen liegt. Deswegen muss der Bund die Kosten für die Asylverfahren tragen, und wir dürfen das nicht länger auf die Kommunen abwälzen. (Beifall)

Viertens. Wir brauchen dringend ein Wohnungsprogramm. Es fehlt aber auch schon lange an bezahlbarem Wohnraum für viele Durchschnittsverdiener und -verdienerinnen, für viele Erwerbslose. Deswegen brauchen wir ein großes Wohnungsbauprogramm für den sozialen Wohnungsbau, das sowohl Flüchtlinge als auch andere Leute, die bezahlbaren Wohnraum suchen, berücksichtigt. (Beifall)

Fünftens. Wir brauchen dringend eine Integration in den Arbeitsmarkt. Daher müssen Erschwernisse für Flüchtlinge beseitigt werden. Wir müssen als Gewerkschafter aber auch klar sagen: Die Flüchtlinge dürfen von der Kapitaleseite nicht benutzt werden, um Lohndumping und Aushöhlung der Arbeitsgesetzgebung zu betreiben. (Lebhafter Beifall) Des-

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

halb sagen wir: keine Aushöhlung des Mindestlohns und keine Aushöhlung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes. Das wird nämlich gerade diskutiert. (Beifall)

Letzter Punkt: Alle diskutieren über Fluchtursachen. Ich möchte nur eine Sache bemerken: Ich empfinde es als eine Schande, dass die Selbstverpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttozivilprodukts für Entwicklungshilfe vorzusehen, von Deutschland gerade einmal zur Hälfte erfüllt wird, dass wir aber bei den Waffenexporten an dritter Stelle aller Nationen stehen. (Lebhafter Beifall)

Wenn wir über Fluchtursachen reden, müssen wir endlich aufhören, Waffen zu exportieren, denn jeder Verkauf von Waffen kommt in Form von Flüchtlingen zurück. (Beifall)

Manfred Erdenberger

Bitte, Herr Weiß, in einem Satz, weil wir jetzt am Ende der Zeit angekommen sind. Ich möchte noch jedem ein kurzes Schlusswort ermöglichen.

Peter Weiß

Das Welternährungsprogramm ist ein Welternährungsprogramm. Wir sind ganz vorne, die anderen müssen auch mitmachen. Wir Deutschen können nicht die Probleme allein lösen. Es geht nicht ohne eine Solidargemeinschaft. Es müssen alle europäischen Länder bereit sein, genau wie Deutschland Flüchtlinge aufzunehmen.

Manfred Erdenberger

Ein Satz, Herr Oppermann!

Thomas Oppermann

Sie müssen mal die Kirche im Dorf lassen.

Manfred Erdenberger

Keine neue Diskussion, nur eine Bemerkung!



Thomas Oppermann

Nein, nein. Ich finde, wir können auch ein bisschen stolz auf das sein, was im Augenblick geleistet wird. Deutschland ist in der Entwicklungshilfe auf Platz 3 in der Welt. (Zurufe)
Die 0,7 Prozent haben wir noch nicht erreicht, aber die schaffen wir auch noch.

Wenn gesagt wird, das Asylrecht wird hier eingeschränkt: Wir haben im Moment eine Million Menschen, die nach Deutschland kommen und sich auf das Asylgrundrecht berufen. Die werden hier willkommen geheißen. Das Asylrecht in Artikel 16 a des Grundgesetzes ist ein ganz hohes Gut. Man sollte also nicht so tun, als ob wir ständig an diesem Grundrecht herumeiern würden. Im Augenblick haben wir eine solidarische Gesellschaft, die die Flüchtlinge aufnimmt, und das muss erhalten werden. Wenn das nicht erhalten wird, nützen auch Rechte, die auf dem Papier stehen, gar nichts. Darum müssen wir uns kümmern; darum müssen wir uns gemeinsam kümmern.

Manfred Erdenberger

Ich bedauere sehr, dass wir nicht mehr Zeit haben. Dieses Thema ist sehr wichtig, aber die Zeit lässt mehr nicht zu. Wir werden das jeden Tag fortsetzen.

Ich bitte darum, jetzt nur noch eine kurze Bemerkung nach der Positionsbestimmung als eine Art Schlusswort zu machen. Ich möchte Sie gerne nacheinander fragen: Wenn Sie heute Abend mit einem großen Schild oder Transparent auf die Straße zu einer „Demonstration“ gehen würden, mit welchem Wort, mit welchem Satz, mit welcher Forderung auf einem Transparent, auf einem Plakat würden Sie auf die Straße gehen?

Thomas Oppermann

Gewerkschaften sind ein systemrelevanter Standortfaktor in der sozialen Marktwirtschaft.

Manfred Erdenberger

Das wird aber ein großer Schild. Herr Weiß, was halten Sie hoch?

Peter Weiß

Sozialpartnerschaft ist die Zukunft Deutschlands.

Auszug aus dem Tagesprotokoll - Mittwoch, 23. September 2015
Parteientalk

Manfred Erdenberger

Herr Hofreiter?

Dr. Anton Hofreiter

Ich würde etwas ganz anderes draufschreiben: Mehr Solidarität für alle.

Manfred Erdenberger

Herr Riexinger, das Schlusswort!

Bernd Riexinger

Ich würde draufschreiben: Gute Löhne, gute Arbeit, Solidarität für alle! (Beifall)

Manfred Erdenberger

Gut. Herzlichen Dank. Ich danke Ihnen allen Vieren und Ihnen allen für Ihr Interesse. Es war eine gute und faire Gelegenheit, über diese Probleme zu sprechen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. Eine gute Fortsetzung des Kongresses morgen und an den anderen Tagen. Haben Sie einen schönen Abend. Bis zum nächsten mal. Tschüss. (Beifall)

